L01 Leitantrag - Dagegen halten: Antifaschismus und Umverteilung statt Militarisierung und Sozialstaatsabbau!

Seit fast einem Jahr stellt die große Koalition unter Friedrich Merz die Bundesregierung. Großen Investitionsankündigungen für Infrastruktur folgen langatmig ausgetragene Streits um Kürzungen beim Bürgergeld, Geflüchteten oder der Teilhabe von Menschen mit Behinderung oder Pflegebedürftigen, die Existenzen gefährden und Stimmungen schüren. Verkündete Einsparpotenziale stellen sich regelmäßig als Luftnummer heraus, während die Negativ-Erzählung des vermeintlich zu teuren Sozialstaats zulasten der Bedürftigsten um sich greift. Gleichzeitig reißen Steuergeschenke für die Reichen noch größere Löcher in den Haushalt und erhöhen vor allem in den Kommunen den haushaltspolitischen Druck. Klimapolitisch beweist die Merz-Koalition, dass sie von Zukunft nichts wissen will und setzt auf europäischer Ebene das Aus für das Verbrenner-Aus durch: Mit Planungssicherheit und Zukunftsorientierung hat es nichts zu tun, wenn die deutsche Industrie darauf gepolt wird, sich kurz- und mittelfristig auf Technologien zu konzentrieren, die jetzt schon in anderen Ländern kaum noch konkurrenzfähig sind.

Im Europäischen Parlament wird die Brandmauer zunehmend eingerissen. Mehrheiten aus Konservativen, Rechtsradikalen und Neofaschisten haben bei der Abschwächung des Lieferkettengesetzes und des Verbrenner-Aus gewirkt. In Deutschland wie in Europa gibt es eine reaktionäre Kapitallobby, die auf solche Mehrheiten hinarbeitet. Innovationsschwäche soll durch noch mehr Umverteilung nach oben kompensiert werden, fehlende Zukunftsfähigkeit durch aggressiven Nationalismus. Dieses selbstzerstörerische Programm für Europa wird von der rechten US-Regierung offen unterstützt, um die EU als potenziellen Konkurrenten zu schwächen. Der Angriff der Trump-Administration auf Venezuela und die Verschleppung von Präsident Maduro im Sinne der US-Ölkonzerne ist ein eklatanter, imperialistischer Völkerrechtsbruch. Das Schweigen der Bundesregierung und der EU ist ein Rückfall in den alten Modus der doppelten Standards. Es beschädigt die Glaubwürdigkeit des Eintretens für eine faire internationale Ordnung auf der Basis des Völkerrechts. Gleichzeitig leistet dieses Schweigen weiteren imperialistischen Übergriffen Vorschub, sei es auf Cuba oder Kolumbien, auf Grönland oder Taiwan. Die Linke steht auf der Seite des Völkerrechts und verurteilt geschlossen diese illegale Aggression gegen die territoriale Souveränität Venezuelas.

Die unklare und wenig kritische Haltung der EU und der Bundesregierung zum US-Angriff auf Venezuela reiht sich ein in die Unklarheit beim Thema der Verteidigungsfähigkeit. Statt die Fragen der Nichtangriffsfähigkeit, der wechselseitigen Sicherheitsbedürfnisse und der Bekämpfung von Konfliktursachen mitzudenken, werden Wunschlisten von Rüstungskonzernen abgearbeitet und eine entgrenzte Militarisierung aller Lebensbereiche

vorangetrieben. Kann es unter diesen Bedingungen eine „europäische Sicherheitspolitk“ geben? Die Gesellschaft wird nicht nur ökonomisch auf Härten eingestellt. Auch sicherheitspolitisch werden Anpassungen verlangt. Junge Menschen sollen wieder daran

herangeführt werden, gehorsam und fraglos Dienst an der Waffe zu leisten. Die Infrastruktur und das Gesundheitswesen werden nach Maßgaben der militärischen Logik umgebaut. Dazu gehören auch der Druck auf Zivilklauseln in Wissenschaft und Bildung ebenso wie die politische Mobilisierung privaten Kapitals für Rüstungsausgaben, etwa durch die Verleihung von Nachhaltigkeitslabeln bei Verteidigungsinvestitionen. Damit geht die Bundesregierung die globalen Entwicklungen mit, die auf kriegerische Konfliktlösungen einstimmen und friedliche Konfliktlösungen aus den Augen verlieren. Die damit einhergehende Militarisierungsspirale macht vielen Menschen berechtigterweise große Sorgen und schwächt in der Konsequenz die zivile Infrastruktur.

Die Bundesregierung legt einen Rekordhaushalt vor und investiert wie noch nie in Aufrüstung – Geld ist im Umlauf wie lange nicht, es wird nur nicht da investiert, wo es wirklich gebraucht wird: in Bildung, Integration, bezahlbares Wohnen, technologische Souveränität, soziale Entlastung. Von Infrastruktur-Garantien für die Kommunen ist nicht die Rede. Die Rüstungskonjunktur ist ebenso eine Scheinlösung wie das Strohfeuer der Unternehmens-„Entlastungen“. Die Wertschöpfung bleibt niedrig und nicht nachhaltig, während öffentliche Investitionen in Bildung oder Kinderbetreuung deutlich mehr volkswirtschaftliche Effekte bringen, aber zurückgestellt werden. Kollabierende Sozial- und Gesundheitssysteme, marode Schulen, steigende Mieten und Lebenserhaltungskosten, Unsicherheit vieler Menschen angesichts der fortschreitenden Transformation: Es gibt viele Aufgaben, die die Bundesregierung bewusst und ideologiegetrieben vernachlässigt und damit die Zukunftssorgen von Millionen Menschen verstärkt. Dazu kommen Angriffe auf Arbeitnehmer*innenrechte wie Krankentage, Lohnfortzahlung und (Wochen- wie Lebens-)Arbeitszeit. Die Idee, eine Rechtswende in der Bundespolitik würde die AfD austrocknen, ist offensichtlich widerlegt. Die AfD profitiert davon, dass Merz den ideologisch-symbolischen Kulturkampf unterstützt, während die sozialen Probleme ungelöst bleiben. So ist sie dabei, die Union auf Bundesebene als stärkste Kraft zu überholen.

Linke Alternativen: Konkrete Veränderungen erkämpfen & Gegenhalten gegen Sozialstaatsabbau und rechte Politik

Es ist die Aufgabe der Linken, auf Bundesebene und in der Opposition Alternativen aufzuzeigen und es dort, wo sie an Regierungen beteiligt ist, in der Praxis besser zu machen. Im Bundesland Bremen haben wir beim Investitionssofortprogramm entsprechende Akzente gesetzt. Das Programm adressiert ausdrücklich auch die soziale Infrastruktur: Schulen, Kitas, Spielplätze, Sporthallen, soziale Einrichtungen. Sicherheit meint nicht nur Polizei, sondern genauso Gesundheitswesen und Katastrophenschutz. Mit dem Ankaufprogramm für Wohnraum haben wir ein wichtiges Reformvorhaben durchgesetzt, wo wir jetzt dranbleiben müssen, um es in die reale Umsetzung zu bringen. In der zweiten Stufe des Investitionsprogramms müssen dann auch soziale und kulturelle Träger und Vereine berücksichtigt werden, ebenso die Beiräte.

Die Verlängerung der Clearingstelle für Papierlose ist ein wichtiger Erfolg. Wir erwarten von der Koalition, dass auch andere Themen zukunftsorientiert und sozial gelöst werden, vom Semesterbeitrag bis zur Bildungsakademie für Gesundheitsberufe. Wir stellen uns gegen Kürzungen für die Freie Szene und wollen, dass auch der Antrag der Beirätekonferenz zur stadtteilorientierten Ausweitung der Drogenhilfestrategie nicht im Sand verläuft. Die Koalitionsentscheidung, das neue Gewerbegebiet auf dem Betriebsgelände des Flughafens zu realisieren und parallel dazu die gewerbliche Entwicklung der Horner Spitze aufzugeben, zeigt, dass sich wirtschaftliche und sozial-ökologische Zielsetzungen versöhnen lassen, wenn man auf Symbolpolitik verzichtet.

Im Bundestag ist es die Linke Fraktion, die erkennbar gegen Sozialstaatsabbau und Rechtsverschiebung mit aller Konsequenz eintritt. Unsere Funktion ist nötig wie nie. Die Reform des Bürgergelds wird v.a. seitens der CDU/CSU mit einer „Kostenkampagne“ eingeleitet, die jeder Verhältnismäßigkeit entbehrt und ohne uns keine Gegenstrategie hätte. Wahr ist: Die Bundesregierung verfolgt eine Politik, die nach oben entlastet und Unternehmensgewinne zu Lasten der Haushalte von Bund, Ländern und insbesondere Kommunen vergrößert. Gleichzeitig sollen diverse Kommissionen weitere harte Kürzungen am Sozialstaat vorbereiten, wie sie von der Jungen Union und den Grünen auch schon in Bezug auf die Haltelinie der Gesetzlichen Rentenversicherung gefordert worden sind. Wir stellen uns dieser irrsinnigen Politik der sozialen Entsicherung konsequent entgegen und kämpfen um Perspektiven für alle, bei den Entlastungen müssen die Bedürftigsten zuerst dran sein. Wir machen Druck auf die GroKo und gegen die wachsende Neigung in der Unionsfraktion, bereits

vereinbarte Kompromisse mit rechten Parolen zu Fall zu bringen. Bei der Abstimmung über die Sicherung des Rentenniveaus drohte eine unmittelbare und langfristig wirksame Verschlechterung für Millionen Rentner*innen, die schon jetzt immer stärker von Altersarmut betroffen sind. Deshalb war die Enthaltung der Bundestagsfraktion das logisch richtige Votum, das unser sozialpolitisches Profil gestärkt hat - auch gegenüber den Grünen, die hier hilflos und unklar agiert haben.

Zentrale Fragen der Verteilungsgerechtigkeit von Einkommen und Vermögen können nur auf Bundesebene gelöst werden und es wird höchste Zeit, dass hier etwas in Gang kommt. Wir brauchen Steuergerechtigkeit und die soziale Verbesserung der Einnahmenseite. Von der überfälligen Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer würden die Bundesländer enorm profitieren. Gleiches gilt für die Erbschaftssteuer, zu der in Kürze das Bundesverfassungsgericht urteilen wird. Die Erbschaftssteuer enthält in ihrer derzeitigen Form krasse Verschonungsregeln für hohe und höchste Vermögen, die wir abschaffen wollen. Drei Viertel aller Milliardäre in Deutschland haben ihr Vermögen geerbt. Wir setzen uns für eine Lösung ein, die diesen leistungslosen Reichtum wirksam abschöpft.

Hoffnung organisieren, linke Visionen entwickeln
Während allgemein Politik nach dem Prinzip Hoffnungslosigkeit gemacht wird, war für viele Menschen im letzten Jahr Die Linke ein Pol der Hoffnung für eine bessere Zukunft und

Widerstand gegen zunehmende Ungleichheit und Rechtsverschiebung. Wir wollen weiter dieser Pol der Hoffnung sein. Der vermeintlichen Alternativlosigkeit der Rechtswende und der Negativ-Spirale der gesellschaftlichen Stimmung, die von der Merz-Politik angetrieben wird, wollen wir positive Visionen und konkrete Beispiele solidarischer und widerständiger Politik entgegensetzen und zusammen mit Bewegungen, Gewerkschaften und Initiativen dafür sorgen, dass andere Themen wieder die Diskussion in den Haushalten und Betrieben, auf der Straße und in der Öffentlichkeit bestimmen. Genau dies ist Teil unserer antifaschistischen Grundhaltung: Wir bekämpfen die AfD und andere faschistische Kräfte mit aller Entschlossenheit und entwickeln gleichzeitig eine Vision einer Gesellschaft, in der sich echte Solidarität in der Wirtschafts-, Sozial- und Mietenpolitik widerspiegelt. Das ist auch eine Alternative zur Politik der Bundesregierung und zur Rechtsverschiebung im Parteienspektrum und damit ein zentraler Bestandteil unserer antifaschistischen Politik. Deshalb ist es wichtig, dass wir aus der Linken heraus z.B. mit dem Heizkosten-Check und der Mietwucher-App konkrete Angebote machen für solidarische Beratungen und unterstützen bei Problemen mit

Vermieter*innen oder dem Jobcenter und damit die Handlungsfähigkeit von Menschen im Alltag und auf politischer Ebene stärken.

Gesellschaftliche Visionen für eine bessere Zukunft fallen nicht vom Himmel, sondern werden entwickelt. Deshalb beginnt in der Bundespartei aktuell ein Prozess zur Überarbeitung und Aktualisierung unseres Grundsatzprogramms. Wir werden uns als Landesverband aktiv in diesen Prozess einbringen, der mit dem Programmauftakt jetzt gestartet ist. Kreisverbände, Basisgruppen und AGs können dafür beim Landesvorstand Unterstützung erhalten.

Programmatische Orientierung ist auch für die Politik vor Ort wichtig. Ein Beispiel ist die Auseinandersetzung um eine zeitgemäße Bildungsreform. Die Debatte, wie das Bremer Schulsystems nach dem Auslaufen des Schulkonsenses im Jahr 2028 aussehen kann, hat begonnen und wird unter anderem von der GEW mit der Forderung nach einer durchgängigen Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis 10 vorangetrieben. Wir als Die Linke werden uns aktiv in diese Debatte einbringen und für eine Gemeinschaftsschule werben, in der alle Kinder gemeinsam und inklusiv lernen, soziale Segregation überwunden wird und die demokratisch organisiert ist.

Für die Entwicklung zeitgemäßer linker Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen und für den Brückenschlag zur breiteren linken Debatte ist die Arbeit unserer politischen Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und in Bremen der Rosa-Luxemburg-Initiative, von erheblicher Bedeutung. Es ist daher ein ermutigender Erfolg, dass in der Bundesstiftung ein Erneuerungsprozess begonnen hat, durch den auch die geplante Auflösung des Bremer Regionalbüros, gegen die wir als Landesverband lange gekämpft haben, rückgängig gemacht wird.
Am Ende des Tages muss das Problem der ausufernden Ungleichheit gelöst werden: Das Leben muss für alle Menschen wieder bezahlbar werden. Eine Senkung explodierender

Mieten und Nebenkostenabrechnungen ist unerlässlich und einer unserer erfolgreichen Schwerpunkte auch aus der Opposition heraus. Das Rentenniveau muss hoch. Generationengerechtigkeit fängt damit an, dass man nicht über die Köpfe jüngerer Menschen hinweg entscheidet, dass sie im Zweifel in die Kasernen und an die Front müssen.
2026 steht im Zeichen der Vorbereitung auf die Bürgerschaftswahl. Wir wissen, dass wir in der aktuellen Koalition der Motor für soziale Schwerpunkte sind und können überzeugt sagen: Trotz der Kompromisse und Zugeständnisse, die Regieren häufig erfordert, ist es gut für die Menschen in Bremen und Bremerhaven, dass Die Linke Teil der Landesregierung ist. Gerade deshalb wollen wir bei der kommenden Bürgerschaftswahl unser Gewicht in der bremischen Landespolitik weiter ausbauen. Wir sind uns sicher, dass noch mehr

geht: für bezahlbares Wohnen, gute soziale Infrastruktur vor Ort, Chancengerechtigkeit für alle und zwei offene und lebenswerte Städte! Dafür setzen wir auf unsere Kraft als gewachsene Partei, sind auch ein Jahr vor der Wahl präsent und, suchen das Gespräch mit den Menschen. Wir wollen hören, welche Themen ihnen wichtig sind und uns gemeinsam mit ihnen für ihre Anliegen einsetzen!